

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestags

**Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,**

bevor ich dieses Wochenende bei der Führungsakademie der SPD in Berlin verbringe und erst am Montag wieder in den Wahlkreis zurückkehre, möchte ich Ihnen und Euch die Eindrücke der abgelaufenen Berliner Sitzungswoche schildern.

Unser Parteivorsitzender Kurt Beck hat es am Dienstag in der Fraktionssitzung klar gestellt: **Die Linke ist im Bund für uns weder koalitions- noch regierungsfähig.** Diese Aussage ist eindeutig. Wer es nicht glaubt, der muss sich die Frage beantworten, warum wir nicht schon längst mit der Linken im Bund zusammenarbeiten. Rechnerisch wäre bereits seit über zwei Jahren ein Linksbündnis möglich, politisch jedoch nicht!

Ich bin davon überzeugt: Nicht das Personal der Linken darf für uns ausschlaggebend sein, sondern die inhaltliche Ausrichtung. Und die spricht gegen eine Zusammenarbeit mit der Linken. Der Linkspartei fehlt ein Programm. Die Linke ist nur gegen unsere Politik, sie bietet keine Alternativvorschläge. Sie ist eine Protestpartei. Das ist unseriös. Die Linke würde uns außenpolitisch in die Isolation treiben, finanzpolitisch in den Staatsbankrott führen und sozialpolitisch ins letzte Jahrhundert zurück katapultieren.

Wir dürfen jedoch nicht darüber hinweg sehen, dass es Themen gibt, bei denen wir mit der Linken einer Meinung sind. Ein Beispiel ist der Mindestlohn. Es ist nicht auszuschließen, dass sich die Linke in den kommenden Jahren vom Utopismus zu mehr realistischen Positionen bewegt.



**Berlin-Brief, Ausgabe 34
14. März 2008**

Berliner Sitzungswoche

Was geschah sonst noch im Plenum?

Infos im Newsletter der SPD-Fraktion:
<http://juratovic.de/static/spdfrak/08KW11.pdf>

Aktuelle Pressemitteilungen

SPD-Abgeordnete signalisieren Unterstützung für heimische Landwirte
(11.03.2008)

http://juratovic.de/presse_det/248

Neuregelung: Verpflegung im Krankenhaus bei ALG II (12.03.2008)

http://juratovic.de/presse_det/249

Juratovic begrüßt schnelle Verbesserung der Breitbandanbindung im ländlichen Raum (14.03.2008)

http://juratovic.de/presse_det/250

Meine Termine im Wahlkreis

Gespräch mit BM Hauser in Schwaigern
17.03.2008, 16 Uhr, Rathaus

Mitgliederversammlung OV Schwaigern
17.03.2008, 19.30 Uhr, Gasthaus „Ochsen“

Vortrag in der Juso-Kreisversammlung zum Thema „Integration“
18.03.2008, 19.30 Uhr, SPD-Regionals.

Stv. Fraktionsvorsitzende Dr. Angelica Schwall-Düren: „Die sozialen und ökologischen Herausforderungen der EU“
28.03.2008, 18.30 Uhr, Gaststätte Harmonie, Merianzimmer, Heilbronn

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de



Folgende Lehre ziehe ich aus der aktuellen Diskussion: Keine Koalitionsaussagen vor der Wahl! Dies habe ich bereits im letzten Berlin-Brief ausführlich dargelegt.

Trotz vieler Kritikpunkte im Detail habe ich hohe Achtung vor Kurt Beck. Die Entschlossenheit, mit der er die Partei zusammenhalten will, verdient unsere Solidarität und Anerkennung.

In abschließender Lesung haben wir heute eine **Reform der Pflegeversicherung** beschlossen. Diese war notwendig geworden, weil die Leistungen der Pflegeversicherung seit ihrer Einführung im Jahr 1995 nicht verändert wurden und gleichzeitig der Anteil der älteren und hochbetagten Menschen an der deutschen Bevölkerung stetig wächst. Die Pflegeversicherung ist ein Erfolg. Wir haben die Weichen dafür gestellt, dass dies auch in Zukunft so sein wird.

Das Ziel der SPD ist eine Verbesserung der Lebenssituation der pflegebedürftigen Menschen und ihrer pflegenden Angehörigen. Dem wird mit einer schrittweisen Erhöhung der Leistungsbeiträge Rechnung getragen.

Richtschnur ist für uns, dass die Betroffenen in ihrer gewohnten Umgebung und selbstbestimmt leben, gepflegt und betreut werden. Deshalb heißt unser Grundsatz: ambulant vor stationär. Die ideale Lösung hierfür sind Pflegestützpunkte, die unter Berücksichtigung vorhandener Strukturen eingerichtet werden sollen. Dafür stellt der Bund 60 Millionen Euro zur Verfügung. Wir konnten die Pflegestützpunkte gegen den Willen der CDU/CSU durchsetzen.

Weitere Verbesserungen gibt es für Demenzkranke und bei Qualitätskontrollen in der Pflege. Nicht durchsetzen konnten wir gegen den Widerstand der CDU/CSU eine Lohnersatzleistung bei kurzzeitiger Freistellung von Angehörigen pflegebedürftiger Menschen von bis zu 10 Tagen. Das Verhalten der Union ist nicht nachvollziehbar. Denn ähnliche Regelungen gibt es bereits für Eltern, deren Kinder erkrankt sind.

Verbesserungen für die Pflege kosten Geld. Deswegen wird der Beitragssatz zur Pflegeversicherung erstmalig um 0,25 Prozentpunkte auf 1,95 Prozent erhöht.

Ziel von uns Sozialdemokraten bleibt weiterhin eine solidarische Finanzierung der Pflege durch eine Bürgerversicherung. Die heute beschlossene Reform ist gut, wenngleich wir in der SPD-Fraktion uns weitere Fortschritte gewünscht hätten.

Heute **vor 5 Jahren**, am 14. März 2003, hat Bundeskanzler Gerhard Schröder die **Agenda-Regierungserklärung** vor dem Deutschen Bundestag gehalten. Damit wurde ein umfassendes Programm zur Reform des Arbeitsmarktes, zum Umbau der Sozialsysteme, für wirtschaftliches

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestags

Wachstum und für eine bessere Familien-, Bildungs- und Forschungspolitik eingeleitet. Die Agenda 2010 war mutig, und heute müssen selbst die damaligen Kritiker erkennen, dass der Reformprozess richtig war. Die Erfolge geben uns Recht. Wir Sozialdemokraten können stolz darauf sein, dass wir die Herausforderungen der Globalisierung erkannt und entschieden gehandelt haben. Andere Länder, die diesen Mut nicht aufbrachten, beneiden uns heute.

Bedauerlich ist, dass es uns damals nicht gelungen ist, die Menschen von den notwendigen und schlussendlich erfolgreichen Reformen zu überzeugen. Auch in unserer eigenen Partei wurden die Reformen schlecht kommuniziert. Die Folgen waren für uns der Verlust der Regierungsverantwortung in zahlreichen Bundesländern, der Mehrheitsverlust für die rot-grüne Koalition im Bund und der bittere Austritt zahlreicher Parteimitglieder. Reformen können noch so gut sein – wir müssen für Reformen aber auch Zustimmung erhalten. Ich hoffe, dass wir den Mut nicht verlieren, weiterhin notwendige Reformen auch durchzusetzen. Ich hoffe aber auch, dass wir bei Reformen künftig die gesamte Partei und die Menschen in unserem Land mitnehmen.

Ich bin zuversichtlich, dass dies funktioniert. Unsere Aufgabe ist nun, dafür Sorge zu tragen, dass alle Menschen am Aufschwung teilhaben. Wir brauchen gute Bezahlung für gute Arbeit, wir brauchen jetzt auch starke Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen. Für den Mindestlohn erhalten wir bei den Menschen große Zustimmung. Während der aktuellen Stunde am Mittwoch dieser Woche hielt ich eine **Rede vor dem Plenum**. In der Diskussion über das Gerichtsurteil zum Postmindestlohn unterstrich ich die Notwendigkeit von Mindestlöhnen. Der Text meiner Rede ist dem Berlin-Brief angefügt.

Mit freundlichen Grüßen,

